

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 2. Februar 1994

am Donnerstag, dem 3. Februar 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	41	Klemmer, Siegrun (SPD)	7, 8
Caspers-Merk, Marion (SPD)	5, 6	Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	52, 53
Conradi, Peter (SPD)	19, 20	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	47, 48
Erlar, Gernot (SPD)	31, 32	Kubatschka, Horst (SPD)	11, 66
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	54	Matschie, Christoph (SPD)	27, 28
Formanski, Norbert (SPD)	25, 26	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	61, 62
Gallus, Georg (F.D.P.)	33, 34	Reschke, Otto (SPD)	21, 22
Ganseforth, Monika (SPD)	12, 49	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	35, 36
Gansel, Norbert (SPD)	29, 72	Schily, Otto (SPD)	57, 69
Gleicke, Iris (SPD)	17, 18	Schöler, Walter (SPD)	1, 2
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	3, 4	Schütz, Dietmar (SPD)	67, 68
Großmann, Achim (SPD)	23, 24	Steen, Antje-Marie (SPD)	64, 65
Hampel, Manfred (SPD)	45, 46	Stiegler, Ludwig (SPD)	70, 71
Harries, Klaus (CDU/CSU)	9, 10	Wallow, Hans (SPD)	58, 59
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	39, 60	Walz, Ingrid (F.D.P.)	50, 51
Iwersen, Gabriele (SPD)	15, 16	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	55, 56
Jäger, Claus (CDU/CSU)	30, 44	Werner, Herbert (Ulm) (CDU/CSU)	37, 38
Kastner, Susanne (SPD)	13, 14	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	40
Kauder, Volker (CDU/CSU)	42, 43	Zierer, Benno (CDU/CSU)	63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
**Walter
Schöler**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Deutschen Bundespost, die nach Presseberichten bei dem geplanten Postfrachtzentrum in Krefeld-Hückelsmay einem Anlieger für ein benachbartes Grundstück einen Kaufpreis in Höhe von einer Million DM geboten hat, wenn dieser zugleich den erhobenen Widerspruch durch notarielle Erklärung zurücknimmt unter der Androhung, daß anderenfalls vorübergehend auf dem für das geplante Postfrachtzentrum vorgesehene Grundstück eine Zwischennutzung mit Asylbewerberunterkünften erfolgt?
2. Abgeordneter
**Walter
Schöler**
(SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu den im genannten Fall angewandten Verhandlungsmethoden der Deutschen Bundespost hinsichtlich der Akzeptanz der Errichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber in der Bevölkerung, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um derartige Verhandlungsmethoden zukünftig zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

3. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle in den neuen Bundesländern bekannt, bei denen Personen Bergbaurechte zu Flächen erhalten, deren Eigentümer sie nicht sind?
4. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um denen, die Eigentum an Grund und Boden besitzen, zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn die Bergbaurechte anderen übergeben worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

5. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Von wem sind mögliche gesundheitliche und umweltbeeinträchtigende Auswirkungen des Kombinationspräparates Apron Plus konkret getestet und untersucht worden, und welche Ergebnisse wurden erzielt?
6. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Wie ist die Haftung im Schadensfall beim Transport gefährlicher Güter und insbesondere von hochgiftigen und in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln geregelt, und strebt die Bundesregierung für diesen Fall die Gründung eines Haftungsfonds analog dem Haftungsfonds für die Entsorgung von Giftmüll an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

7. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Wissenschafts- und Forschungskapazitäten als Standortkriterien für das Umweltbundesamt (UBA) bei, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Verlagerung des Umweltbundesamtes der Universitätsstandort Wittenberg wegen seiner Nähe zum Raum Halle/Leipzig im Hinblick auf die fachliche Arbeit des Umweltbundesamtes wesentlich günstiger zu beurteilen ist als der Standort Dessau?
8. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung die mögliche Verlagerung des Umweltbundesamtes nach Dessau als sozialverträglich abgesichert an bzw. den Standort Dessau als sozialverträglicher als Wittenberg, und inwieweit ist die Problematik des Arbeitsplatzangebotes in Dessau für die Familienangehörigen von UBA-Mitarbeitern beachtet worden?

9. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, in den Streit zwischen Umweltbundesamt und Wissenschaft (Prof. Staudt) über die Höhe der künftigen Entsorgungskosten klärend einzugreifen?
10. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Erwartet die Bundesregierung ein Anwachsen der Deponie- und Verbrennungskosten tendenziell im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland, dagegen ein Absinken der Kosten der Wertstoffsammlung durch das Duale System Deutschland (DSD)?
11. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wann ist der Betrieb der gezielten primärseitigen Druckentlastung (pD) als Notfallmaßnahme zur Verhinderung eines Hochdruck-Kernschmelzens in den Kernkraftwerken Stade, Biblis A, Biblis B und Unterweser genehmigt und zu welchem Zeitpunkt eingebaut worden?
12. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Wie ist der Stand der Wärmenutzungsverordnung, deren Umsetzung ein hohes CO₂-Minde-rungspotential weitgehend betriebswirtschaftlich lohnend bewegen könnte, über die, entsprechend der Antwort auf meine Frage 50 in Drucksache 12/3656 (vgl. Stenographischer Bericht der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages S. 10249), zum damaligen Zeitpunkt Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung liefen, deren Verabschiedung im Kabinett Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, vor dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 12. Mai 1993 für 1993 angekündigt hatte, deren Vorlage in dieser Legislaturperiode im Bericht der Bundesregierung vom 3. September 1993 zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland – Drucksache 12/5620 – zugesagt wird, was in der Antwort auf Frage 47 in Drucksache 12/5904 (vgl. Stenographischen Bericht der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages, S. 15816f.) bestätigt wird, oder ist die Vermutung berechtigt, daß diese im Bundes-Immissionsschutzgesetz von 1985 aufgegebenen Pflicht zur Verabschiedung einer Rechtsverordnung zur Wärmenutzung, die seit 1991 im Entwurf vorliegt, wegen der Widerstände innerhalb der Bundesregierung in Ankündigungen steckenbleibt?
13. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren, die durch den Export nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel und Biozid-Produkte für Umwelt, Anwender und Verbraucher entstehen, und wie kann der Export von in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union nicht

zugelassenen Pflanzenschutzmitteln und Biozid-Produkten in Drittländer nach jetziger Rechtslage kontrolliert bzw. bei Gefahr für Mensch und Umwelt verboten werden?

14. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Wie sollte Produktion, Transport und Export von chemischen Schädlingsbekämpfungs- und -behandlungsmitteln in Europa gesetzlich geregelt werden, um Unfälle, Mißbrauch als Kampfmittel oder Ausfuhr zum Zweck der Entsorgung wirksam zu verhindern, und welche Initiativen wird die Bundesregierung unternehmen, um die dazu notwendigen nationalen und europäischen Rechtsvorschriften zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

15. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)

Sind die Verträge zur Beauftragung der Firma ABE mit der örtlichen Bauüberwachung von der Bundesbaudirektion „in eigener Verantwortung“ (vgl. Stenographischer Bericht der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages S. 17465ff.) abgeschlossen oder vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau geprüft und genehmigt worden?

16. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)

Wie grenzt die Bundesbaudirektion ihre Aufgaben als „technische Aufsichtsinstanz“ (vgl. Stenographischer Bericht der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages S. 17465ff.) gegenüber den Aufgaben der örtlichen Bauleitung (Objektüberwachung nach § 15 HOAI Leistungsphase 8) ab?

17. Abgeordnete
**Iris
Gleicke**
(SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau einen Baustopp für den gesamten Schürmann-Bau erlassen hat mit der Folge, daß Aufräumarbeiten, das Abpumpen des Wassers in den Untergeschossen, die Fortsetzung der Bauarbeiten an den unbeschädigten Bauteilen nicht möglich sind?

18. Abgeordnete
**Iris
Gleicke**
(SPD)

Welche Konsequenzen hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gegenüber der mit der Bauleitung beauftragten privaten Firma ABE wegen der baulichen Abnahme einer tatsächlich nicht erbrachten Bauleistung gezogen?

19. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wer hat am Gespräch der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit der Präsidentin der Bundesbaudirektion (BBD) am 11. Januar 1994 teilgenommen, und wann ist das von der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in der Fragestunde am 13. Januar 1994 (vgl. Stenographischer Bericht der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages S. 17465 ff.) erwähnte Protokoll angefertigt und unterzeichnet worden?
20. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wie ist die Äußerung der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 13. Januar 1994 (vgl. Stenographischer Bericht der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages S. 17465 ff.) „Ich kann niemand vorwerfen, aus zeitlichen Zusammenhängen irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen, die ich nicht gemacht habe“ angesichts der Tatsache zu verstehen, daß die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in ihrer Pressekonferenz und das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau selbst in seiner Ergänzung zur Pressemitteilung 1/94 den Zusammenhang zwischen den Hochwasserschäden am Schürmann-Bau und dem Weggang der Präsidentin der BBD hergestellt hat?
21. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)
- Auf welche Gesellschaft des privaten Rechts wurde die Bauangelegenheit „Schürmann-Bau“ übertragen, und wann wurde das (gemäß § 3 Abs. 4 des Gesetzes über die Bundesbauverwaltung) erforderliche Einvernehmen hergestellt?
22. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit der weiteren Projektsteuerung für den Schürmann-Bau eine Baufirma beauftragt hat, die die Schlitzwände und die Wasserhaltung für diesen Bau errichtet hat, und daß diese trotz eines Hinweises der Bundesbaudirektion auf die Folgen der Beauftragung einer möglicherweise an den Schadensursachen beteiligten Firma für die gerichtliche Beweisermittlung geschehen ist?
23. Abgeordneter
**Achim
Großmann**
(SPD)
- Wer ist mit der Führung bzw. Auswertung des Bautagebuches zum Schürmann-Bau befaßt, und wann hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau das Bautagebuch angefordert, um die Vollständigkeit der Hochwasserschutzmaßnahmen in der seinerzeitigen Bauphase zu prüfen und um den Sachstand in die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr miteinzubeziehen?

24. Abgeordneter
**Achim
Großmann**
(SPD)
- Welche Teilgenehmigungen lagen nicht vor, deren Umsetzung wesentlichen Einfluß gehabt hätten, die Hochwasserkatastrophe am Schürmann-Bau zu verhindern, und wer hat eventuelle Unterlassungen in diesem Bereich zu verantworten?
25. Abgeordneter
**Norbert
Formanski**
(SPD)
- Wann haben die Bundesbaudirektion (BBD) und das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BBau) zum ersten Mal eine Lagebesprechung aufgrund der zu erwartenden Hochwasserflutwelle durchgeführt, und wie viele Lagebesprechungen sind bis zum 23. Dezember 1993 noch geführt worden?
26. Abgeordneter
**Norbert
Formanski**
(SPD)
- Ist das Lagezentrum des Bundesministeriums des Innern für Katastrophenfälle benachrichtigt worden über die Situation am Schürmann-Bau im Dezember 1993, und sind vom BMBau geeignete Institutionen zur Katastrophenbewältigung eingeschaltet worden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

27. Abgeordneter
**Christoph
Matschie**
(SPD)
- Welche Gründe haben das Bundeskanzleramt veranlaßt, den Hinweis des Bundesnachrichtendienstes, der zur Aufklärung des Berliner Mykonos-Attentats führte, aus den Prozeßakten entfernen zu lassen?
28. Abgeordneter
**Christoph
Matschie**
(SPD)
- Sind in dem Hinweis des Bundesnachrichtendienstes Informationen enthalten, die zu einer vorbehaltlosen Aufklärung des Mykonos-Attentats notwendig sind?
29. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Bis zu welchem Zeitpunkt haben sich im Bundeskanzleramt Kopien von Zielkontrollkarten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR befunden, und welcher Verwendung sind diese Karten zugeführt worden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

30. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Erwägt die Bundesregierung zusammen mit ihren europäischen Verbündeten angesichts der jüngsten brutalen Verbrechen serbischer Tschetniks gegen die bosnische Zivilbevölkerung nunmehr einen vollständigen Boykott Serbiens zu Lande und in der Luft – ausgenommen dringend benötigter Medikamente –, und welche Maßnahmen wären dafür erforderlich?
31. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Gestaltung der Abschiedsfeierlichkeiten anlässlich des Abzugs der Westgruppe der russischen Streitkräfte aus den neuen Bundesländern entwickelt?
32. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung die Abschiedsfeierlichkeiten für die Alliierten Streitkräfte in Berlin durchführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

33. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, inwieweit durch den Einsatz elektronischer Abhörmittel beim Kampf gegen das Organisierte Verbrechen in den USA Erfolge erzielt worden sind?
34. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei der Diskussion um den sog. „Großen Lauschangriff“ fälschlicherweise und wahrheitswidrig der Eindruck erweckt wird, als ginge es dabei um einen „Angriff“ auf Wohnungen unbescholtener Bürger, als vielmehr um eine wirkungsvolle Maßnahme beim Kampf gegen das Organisierte Verbrechen?

35. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß der Begriff „Großer Lauschangriff“ nicht konkret das wiedergibt, was durch eine rechtlich gesicherte Abhörmaßnahme gegen Schwerstkriminalität im Interesse unserer Bevölkerung und der inneren Sicherheit dringend geboten ist, und daß dieses Wort insbesondere Assoziationen etwa derart wecken kann, als ob sich der Staat mit „kriegerischen“ Mitteln als ungebetener „Lauscher an der Wand“ gebärden möchte?
36. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, diesen meines Erachtens irreführenden Begriff „Großer Lauschangriff“ gegenüber der Öffentlichkeit gründlich aufzuklären und die Bevölkerung insbesondere auf den wahren Gehalt von Abhörmaßnahmen gegenüber Gewalttätern, Kriminellen und Terroristen hinzuweisen?
37. Abgeordneter
Herbert Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß im Verlaufe der im April 1992 vor der iranischen Botschaft stattgefundenen, der Bonner Polizei rechtzeitig bekanntgewordenen Demonstration aufgrund der sogenannten Deeskalations-Taktik des Bonner Polizeipräsidenten die Botschaft von Exil-Iranern verwüstet worden ist und nunmehr die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Auswärtigen, Forderungen der Botschaft in Höhe von 4 Mio. DM begleichen muß?
38. Abgeordneter
Herbert Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß bei einer rechtzeitigen und weitläufigen Absperrung der Botschaft dieser Schaden hätte vermieden werden können, und was gedenkt die Bundesregierung gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu tun, um das Ausmaß von Schäden an Botschaftsgebäuden infolge von gewalttätigen Demonstrationen in Zukunft so gering wie möglich zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

39. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Sieht sich die Bundesregierung im Hinblick auf die Möglichkeit, daß sich eine Frau in jungen Jahren eine Eizelle entnehmen und mittels Kryokonservierung erst nach der Menopause wieder übertragen läßt, veranlaßt, das Embryonenschutzgesetz zu ändern?

40. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung trotz des Subsidiaritätsgebotes in den Maastricht-Verträgen der EG-Distanzverkaufs-Richtlinie zustimmen, und welche Auswirkungen hat diese EG-Richtlinie auf die Touristikbranche?
41. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Inwieweit läßt sich die Bundesregierung bei der Ausarbeitung einer Rahmenkonvention, die den Mitgliedstaaten des Europarates bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich des Minderheitenschutzes auferlegt, von einem gruppenbezogenen Ansatz leiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß Kommunen aus den neuen Bundesländern mittlerweile in großem Stil Termingeldgeschäfte mit westdeutschen Gemeinden tätigen, da von ostdeutschen Gemeinden für Projekte zwar Geld abgerufen, jedoch nicht sofort verbraucht werden muß, zumal bei Großprojekten öffentliche Zuweisungen pauschal und nicht entsprechend dem Baufortschritt ausbezahlt werden?
43. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Ist auch die Bundesregierung der Auffassung, daß die Leihpraktiken ostdeutscher Gemeinden negativen Einfluß auf westdeutsche Kommunen bezüglich der Akzeptanz hoher öffentlicher Transferleistungen in die neuen Länder haben, und erwägt die Bundesregierung auf die neuen Länder Einfluß zu nehmen, damit eine entsprechende Kommunalaufsicht Termingeldgeschäfte mit Gemeinden in den alten Bundesländern unmöglich macht?
44. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das unter der Verwaltung der Treuhand stehende Vermögen der ehemaligen Staatspartei SED jetzt zur Förderung der Forschung in den neuen Bundesländern verwendet werden soll, und weshalb wird dieses Vermögen, soweit es versilbert werden kann, nicht zur Verbesserung der Haftentschädigung ehemaliger Häftlinge in den Gefängnissen der einstigen DDR herangezogen?

45. Abgeordneter
Manfred Hampel
(SPD)
- Wurden die am und in den Tagen vor und nach dem 10. Januar 1994 veröffentlichten Anzeigen der Treuhandanstalt im Einvernehmen mit der Bundesregierung in Auftrag gegeben, und wie begründet das Bundesministerium der Finanzen bzw. die Treuhandanstalt die Ausgaben von mehreren 100 000 DM zur Imagepflege für eine dem Gemeinwohl verpflichtete öffentlich-rechtliche Anstalt, insbesondere hinsichtlich des Gebotes zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Verwendung von Steuergeldern?
46. Abgeordneter
Manfred Hampel
(SPD)
- Welche Aktivitäten führte die Bonner PR Agentur Burson & Marsteller bei dieser Aktion für die Treuhandanstalt zu welchen Kosten durch?
47. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Hat sich die Treuhandanstalt vor der Veräußerung der Firma Maschinen- und Anlagenbau GmbH in Döbeln nach der wirtschaftlichen Situation des späteren Erwerbers (M. B.) erkundigt, und wenn ja, wie ist es zu erklären, daß sich das Unternehmen z. Z. in Zahlungsschwierigkeiten befindet?
48. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Treuhandanstalt zu tun, um das Überleben der Firma Maschinen- und Anlagenbau zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

49. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Was geschieht mit der Kirchensteuer, die Arbeitslosen abgezogen wird, auch wenn sie keiner christlichen Kirche angehören, und hält die Bundesregierung das für hinnehmbar?
50. Abgeordnete
Ingrid Walz
(F.D.P.)
- Hält die Bundesregierung angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland, die durch steigende Arbeitslosenzahlen, Betriebsschließungen, absehbare Nullrunden in den Tarifabschlüssen und Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnverzicht gekennzeichnet ist, die Berechnung der Beitragssätze zur geplanten Pflegeversicherung noch für realistisch bzw. für überhaupt kalkulierbar?

51. Abgeordnete
Ingrid Walz
(F.D.P.)
- Inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Wahrscheinlichkeit überproportional steigender Pflegekosten und eine überproportional wachsende Zahl von Pflegebedürftigen bei der Berechnung der Beitragsätze zur geplanten Pflegeversicherung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

52. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welchen Zeitraum befanden sich wie viele Mitarbeiter des Bundeswehr-Bataillons „Operative Information“ (ehemals: Psychologische Verteidigung PSV) in Somalia anlässlich der dortigen VN-Aktion?
53. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Tätigkeiten haben diese Bediensteten in welchen Teilen Somalias gegenüber der dortigen Bevölkerung oder im Hinblick auf die dort eingesetzten Truppen im einzelnen verrichtet?
54. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wieviel wird die Bundesregierung pro Jahr einsparen, wenn auf die Einberufung von 20000 Wehrpflichtigen verzichtet wird, und wie hoch sind die Kosten für einen Wehrpflichtigen pro Tag gemäß Kostenrichtlinie?
55. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)
- Warum hat die Bundesregierung den am 25. November 1992 gefaßten Beschluß zur Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH der Bundeswehr trotz des begleitenden Votums des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages bisher nicht vollzogen?
56. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, einen verbindlichen Zeitplan für die von der Koalition gewünschte Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH der Bundeswehr vorzulegen?
57. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, auf welche Ziele die mit Nuklearsprengköpfen bestückten Interkontinentalraketen der USA und Rußlands programmiert sind, nachdem die bisherigen Zielprogrammierungen aufgrund einer Vereinbarung zwischen Präsident Clinton und Präsident Jelzin gelöscht worden sind?

58. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Folgen in personeller und organisatorischer Hinsicht ergeben sich aus der Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur für das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz?
59. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse hat die Bundesmarine bei ihrer Aufgabe im Rahmen der NATO, das Embargo gegen Rest-Jugoslawien durchzusetzen, bisher erzielt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

60. Abgeordneter
**Hubert
Hüppe**
(CDU/CSU)
- Müßte nicht denjenigen Beratungsstellen, die sich weigern, die für die Auszahlung der Stiftungsgelder der „Stiftung Mutter und Kind“ erforderlichen Formulare entgegenzunehmen, und damit gegen die vom 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 getroffene Anordnung Nr. 4 (3), mit allen Stellen zusammenzuarbeiten, die öffentliche oder private Hilfen für Mutter und Kind gewähren, verstoßen, wie dies in meinem Wahlkreis häufiger der Fall ist, die Anerkennung als Beratungsstelle entzogen werden?
61. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung, daß gemäß § 132 Abs. 1 SGB V Krankenkassen Verträge mit „geeigneten Personen“ über Pflegeleistungen abschließen können und Altenpflegerinnen und Altenpfleger zur Gruppe „geeigneter Personen“ gehören?
62. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung ein gesetzlich geschütztes Berufsbild für Altenpflegerinnen und Altenpfleger mit bundeseinheitlichen Ausbildungsregelungen, fest umschriebenen Tätigkeiten und Befähigungsmerkmalen zu definieren, um die soziale Anerkennung dieser Berufsgruppe zu verbessern, und wann gegebenenfalls soll dies geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

63. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen setzt sich die Bundesregierung für die Beibehaltung des strengen Grenzwertes für Pestizide in der 1989 in deutsches Recht umgesetzten EG-Trinkwasserrichtlinie 80/778/EWG ein, und wie wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die strengen Grenzwerte der EG-Trinkwasserrichtlinie in Anhang VI der EG-Pestizidzulassungs-Richtlinie 91/414/EWG erhalten bleiben und bei der Umsetzung der EG-Grundwasserrichtlinie 80/68/EWG in deutsches Recht festgeschrieben werden?
64. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für empfehlenswert, zur Diagnose einer evtl. Gonorrhoe anstelle der für die Neugeborenen schmerzhaften Gabe von Silbernitrat in die Augen, einen Abstrich bei der Schwangeren einige Tage vor der Entbindung vorzunehmen, und könnte diese Maßnahme als Vorsorgemaßnahme bei Schwangerschaften von den Krankenkassen finanziert werden?
65. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Schwerhörigkeit bei Kindern direkt nach der Geburt festzustellen ist, und ist die Bundesregierung bereit, diesen Test in den Vorsorgekatalog für Kinder als präventive Maßnahme mitaufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

66. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine qualifizierte Prüfung der Alternativpläne des Wiener Wasserbauexperten Prof. Ogris zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen für möglich angesichts der Tatsache, daß sich die mit der Überprüfung beauftragten Vertreter der Rhein-Main-Donau AG als auch der Bundesanstalt für Wasserbau bereits seit längerer Zeit auf die völlige Ablehnung der „Ogris-Methode“ festgelegt haben?

67. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um nach dem jüngsten Giftskandal vor der Nordseeküste die Übergangsfrist für die EU-Melderichtlinie für den Gefahrguttransport zu verkürzen, und welche weiteren Initiativen auf europäischer Ebene wird die Bundesregierung ergreifen, um die Sicherheitsanforderungen für die Verpackung, Verladung und Verschiffung von Gefahrgütern zu verschärfen?
68. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Giftskandal hinsichtlich einer Verschärfung der Haftungsbestimmungen für Hersteller, Händler und Transporteure von Gefahrgütern ziehen?
69. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um künftig Risiken beim Schiffstransport gefährlicher Chemikalien auszuschließen?
70. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Was geschieht nach der Bahnreform mit der Ausbesserungswerkstätte (AwSt) Weiden, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß die AwSt geschlossen als Aktionseinheit erhalten bleibt?
71. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)-
- Wie wird das berufliche Fortkommen der Bundesbeamten nach der Privatisierung gesichert, und wird die Bundesregierung den von der Bundeseisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Stellenplan, der auch Beförderungstellen ausbringt, genehmigen?
72. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Stahlbau für die zweite Kanalbrücke in Kiel wegen unzuverlässiger Arbeiten nunmehr nicht in Südafrika, sondern in Belgien hergestellt werden soll, und ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer neuen Ausschreibung, den zuverlässigen und erfahrenen Unternehmen am Ort die Möglichkeit zu geben, ein neues Angebot für den Brückenbau zu unterbreiten?

Bonn, den 28. Januar 1994